

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk., im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,70 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., wöchentlich 18 Pf., alle Postgebühren Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Gebühren und andere Annehmlichkeiten zu jeder Zeit bei der Bestellung einzufordern. — Rücksendung eingekaufener Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 3. Spalte 20 Goldpfennig, die 4. Spalte 15 Goldpfennig, die 5. Spalte 10 Goldpfennig, die 6. Spalte 8 Goldpfennig, die 7. Spalte 6 Goldpfennig, die 8. Spalte 4 Goldpfennig, die 9. Spalte 3 Goldpfennig, die 10. Spalte 2 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 9. Abends 7 bis 10 Uhr durch Fernruf übermitteln. Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Kabottenspruch ist nichtig, wenn der Vertrag durch Klage eingezogen werden mag oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Nr. 172. — 85. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2440

Montag, 26. Juli 1926

## Kleinigkeiten!

Von einem politischen Mitarbeiter wird uns zum Abrüstungsproblem geschrieben:

Nun soll das „Nein“ doch ein „Ja“ sein, jenes „Nein“ nämlich, das der britische Außenminister sprach, als er befragt wurde, ob der Stand der deutschen Entwaffnung ein befriedigender sei. Nicht verstanden nämlich amtliche Auslassungen und offiziöse Zeitungen in London, das wäre alles nicht so gemeint, Chamberlain habe nur Kleinigkeiten im Auge gehabt, während im großen und ganzen ein „Ja“ als Antwort hätte erfolgen können. Also: im allgemeinen „Ja“, im besonderen „Nein“.

In der großen Komödie „Abrüstung“ überschrieben ist dieser Vorgang nur ein kleines lustiges Intermezzo. Die deutsche Regierung sprach — durch die Zeitungen — ihr Ersauern und ihr ernstes Befremden über diese englische Erklärung aus, und da wurde die Regierung in London etwas bedenklich ob ihrer — Offenherzigkeit, die in einem recht unglücklichen Augenblick zutage getreten war. Außerdem hatte man deutscherseits verlangt, zu wissen, inwiefern und wieso denn dieses „Nein“ berechtigt sei. Die „Times“ betonen jetzt in einem Leitartikel selbst, es handele sich nur um Kleinigkeiten — wobei und wodurch übrigens gleichzeitig die in Deutschland viel verbreitete Meinung entgültig zerstört wird, die englische Regierung sei über das jüngste Vorgehen des Generals Borchgrevink nicht unterrichtet gewesen; denn die in der „Times“ herangezogenen „Kleinigkeiten“ decken sich inhaltlich mit den Forderungen jenes Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission. Man hat nämlich in London zuerst versucht, um diese Tatsache einen ziemlich dichten Nebel zu verbreiten, nicht ohne Erfolg. Aber jetzt ist — durch das unvorsichtige „Nein“ — dieser Nebel zerstreut worden.

Inzwischen ist ja auch ein anderes Kapitel der Abrüstungsfrage lang- und langsam zu Ende gegangen, die Arbeit des Interalliierten Ausschusses nämlich, der seit langen Wochen in Genf die Abrüstungsfrage behandelte. Vorsichtigerweise war von vornherein betont worden, daß er nur zur Vorbereitung einer späteren offiziellen Bearbeitung dieser Frage eingesetzt sei — nun, wir haben ja erlebt, was dabei herauskam. Nichts, wenn nicht noch weniger, die Feststellung nämlich, daß sich auf diesem Wege wohl überhaupt nie etwas wird erreichen lassen. Die Entente begnügt sich damit, ihr Kriegsziel — militärische Ohnmacht der Mittelmächte — erreicht und verehrt zu haben. Alle deutschen Anträge werden abgelehnt; gleichzeitig wird erklärt, daß zu den Kriegsrüstungen die militärisch ausgebildeten Reservisten nicht gehören; aber in Deutschland wird das Vorhandensein angeblicher „Wehrverbände“ als Verstoß gegen die Versailles Bestimmungen getabelt, also als heimliche Kriegsrüstung betrachtet. Nicht in Deutschland, wohl aber in den Entente-Ländern wird das Vorhandensein einer Kriegsindustrie als unerheblich bezeichnet; was aber wirft man immer noch vor, daß es bei uns Fabriken gäbe, die sich umgeben auf die Verfertigung von Kriegsmaterial umstellen könnten; das „beweise“ ja die deutsche Lieferung von Torpedobootschanzpfesseln an irgendeinen südamerikanischen Staat.

Wir betrachten diese Dinge mit einem gewissen Galgenhumor, weil wir ja wissen, daß das alles Komödienstücke ist, dieser Hinweis auf „vertragliche Bestimmungen“. Weil wir wissen, daß doch nur die brutale Macht es ist, die auf uns lastet. Und wenn in London plötzlich aus dem Nein ein Ja wird, wenn man z. B. auch die Entscheidung jenes Ausschusses in Genf, der bei der letzten Völkerversammlung die Frage nach der deutschen Abrüstung bejahte, hiernach wieder als „nicht entscheidend“ bezeichnet, so paßt das alles recht gut zusammen. Die Interalliierte Kontrollkommission wird schon dafür sorgen, daß „Kleinigkeiten“ immer vorliegen, wird so lange dafür sorgen, bis auch die allgemeine Abrüstung einsetzt, also bis zum St. Nimmermehrstage!

## Die deutsche Abrüstung.

Offizielle Auslassungen.

Nach einer Meldung des Londoner Havasvertreters ist man in gut unterrichteten englischen Kreisen der Meinung, daß die deutsche Regierung der Interalliierten Militärkontrollkommission über gewisse Punkte noch keine befriedigende Erklärung abgegeben habe, wenn auch die deutsche Abrüstung auf gutem Wege sei. Der Havasvertreter will wissen, daß die Beanstandungen sich insbesondere auf folgende vier Punkte beziehen:

1. Auf die Effektivstärke der Polizei, die sich auf 150 000 Mann belaufe und die Deutschland gern erhöhen möchte.
2. Auf das Kriegsmaterial, soweit es die Einfuhr und Ausfuhr von Waffen und Munition betreffe. In diesen Punkten habe Deutschland sich noch nicht dem Standpunkte der Alliierten angeschlossen.
3. Auf die Rekrutierung. Die Alliierten wünschten mehr Garantien bezüglich der Bildung von Reservekontingenten.

## Reichsminister Dr. Bell über das besetzte Gebiet.

Kritik und Forderungen.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete äußerte sich einem Pressevertreter gegenüber über die aktuellen politischen Fragen seines Ministeriums ungefähr wie folgt: Im besetzten Gebiet sind heute gewisse Fortschritte erzielt. Namentlich ist in dieser Beziehung die restlose Beseitigung des Delegierten Systems hervorzuheben. Auch die Zulassung des Rundfunks möchte ich nicht unerwähnt lassen. Schließlich ist auch das Reichskommissariat für die besetzten rheinischen Gebiete in Koblenz seit Dezember 1925 wieder in Tätigkeit.

Ich will keinen Zweifel darüber lassen, daß ich, wie jeder Politiker der Verständigung, die baldige gänzliche Beseitigung der Besetzung als eine logische Folgerung der neuen Politik vertritt.

In förmlicher Weise hat uns die Vorkonferenz im November 1925 eine wesentliche Herabsetzung der Besatzungsmannschaft auf annähernd die normalen Ziffern zugesagt. Der Begriff der normalen Ziffern hat nur den Sinn, daß die deutsche Friedensorganisationsstärke im dem betreffenden Gebiet zugrunde gelegt wird, d. h. eine Stärke von höchstens 50 000 Mann. Diese Auslegung hat die französische Regierung widerspruchslos hingenommen. Tatsächlich stehen aber im besetzten Gebiet heute noch rund 85 000 Mann.

Die Handhabung der Militärjustiz hat sich in manchen Fällen gebessert. Die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit und der Pressefreiheit in den Ordonnanzen gehen viel zu weit und müssen wesentlich gemildert werden. Wiederholt habe ich den Geist der Verständigung angerufen. Dieser Geist muß aber auf beiden Seiten herrschen. Die tief bedauerlichen Ausschreitungen einiger Besatzungsangehöriger, zumal in allerletzter Zeit, haben diesen Geist sehr vermissen lassen.

Die Handhabung der Strafjustiz.

Dann kam der Minister auf den Aufgabekreis der Reichsjustizverwaltung zu sprechen, dessen eigentlich unpolitischer Charakter er nachdrücklich betonte. Die Handhabung der Strafjustiz und insbesondere der politischen Prozesse bilde aber den Gegenstand leidenschaftlicher Erörterungen in den Parlamenten und in der breiten Öffentlichkeit, was für die Reichsjustizverwaltung ein Gegenstand ernster Sorge sei. Der Minister betonte, daß allgemeine Vorwürfe in dieser Beziehung nicht begründet seien. Es handele sich nur um einzelne richterliche Fehlurteile, und es wäre gegenüber der Gesamtheit des Richterstandes ein schweres Unrecht, wenn man diese Einzelschuldungen verallgemeinern wolle. Selbstverständlich habe der Richter den Staat anzuerkennen, wie er ist; aber ebenso selbstverständlich sei damit ein Gewissenszwang für den Richter nicht verbunden, er stehe vielmehr

### 4. Auf die Zusammensetzung des Generalkabets.

Der Havasvertreter fügt hinzu, daß diese Hauptfragen Gegenstand der Besprechungen zwischen der Interalliierten Militärkontrollkommission und der deutschen Regierung sei. Man betont in London, daß die Festsetzungen nicht schwerer Art seien und daß man hoffen könne, über kurz oder lang eine befriedigende Regelung zu erzielen.

Von offiziöser deutscher Seite wird zu diesen Auslassungen bemerkt: Die Auffassung, daß es sich in der Frage der deutschen Abrüstung jetzt lediglich noch um die Abwicklung technischer-militärischer Angelegenheiten handle, entspricht auch der hiesigen Ansicht. Aber die wenigen noch nicht restlos erledigten Punkte der Entwaffnungsnotiz der Vorkonferenz vom 4. Juni v. J. wird zurzeit sowohl in Paris als auch zwischen der F. R. A. und den in Frage kommenden deutschen Stellen verhandelt. Hierzu gehören auch die in der Havasmeldung angeführten Punkte, wobei zu bemerken ist, daß es sich auch hier nur noch um Erledigung einiger technischer Detailfragen handelt. Es besteht alle Aussicht, daß alle diese Fragen ohne größere Schwierigkeiten bereinigt werden können.

## Deutschland braucht Kolonien.

Ein Vortrag des Reichsinnenministers Dr. Müller.

Im Rahmen einer Vortragsreihe über koloniale Fragen sprach in der Berliner Universität vor Hunderten von Studenten Reichsinnenminister Dr. Müller über die „Kolonialfrage in Gegenwart und Zukunft“. Der Minister führte etwa folgendes aus: Es gibt in der deutschen Geschichte drei Brennpunkte: das Jahr 1813, das den deutschen Vaterlandsgedanken geschaffen hat, das Jahr 1870, das die staatenbildende Kraft dieses Gedankens mit der Einigung des Reiches bewies, und das Jahr 1918, das Deutschlands Weltstellung vernichtete. Wir stehen wieder am Anfang, aber der Vaterlandsgedanke ist uns geblieben. Unser ganzes

in seinem Amte unter dem Schutze der Verfassung, die die Unabhängigkeit dieses Amtes gewährt. In dieser Unabhängigkeit dürfe nicht gerüttelt werden.

## Die Pläne der Regierung Poincaré.

Neue Steuern und Abgaben.

Wie „Petit Parisien“ mitteilt, werden die ersten Pläne Poincarés u. a. die Umgestaltung der bestehenden Steuern und die Schaffung neuer Abgaben enthalten. Die Regierung glaubt, ihre Verabschiedung innerhalb zweier Wochen herbeiführen zu können, so daß etwa am 10. August das Parlament in die Ferien gehen könnte. „Petit Parisien“ glaubt nicht, daß Poincaré und seine Mitarbeiter von der Kammer Vollmacht verlangen werden, da sie angesichts der großen Mehrheit in der Kammer und der fast einmütigen Unterstützung durch den Senat sicher seien, ziemlich rasch die Verabschiedung der in Aussicht genommenen Pläne zu erreichen.

Wie das „Journal“ mitteilt, hat Poincaré die Absicht, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den die Wahlperiode der beiden Parlamente um zwei Jahre verlängert wird. Diese Maßnahme soll den Zweck haben, während drei bis vier Jahren eine Zeit der inneren Ruhe für den finanziellen Wiederaufbau zu schaffen.

## Amerikanischer Boykott gegen Frankreich?

Obgleich Depeschén über zahlreiche Kundgebungen gegen Amerikaner in Paris berichtet, haben sich die New Yorker Blätter auf kommentarlose Wiedergabe der Tatsachen beschränkt. Jetzt hat in dessen, der „Washington Post“ zufolge, Senator Reed erklärt, daß solche Ausschreitungen gegen Amerikaner unberechtigt seien. Er habe hinzugefügt, daß er einen Boykott Frankreichs durch Touristen vorschlagen werde, wenn diese amerikanischen Kundgebungen andauern würden. Ein sechsmonatiger Boykott werde Frankreich beweisen, daß es unfaug sei, solche Ausschreitungen gegen eine Nation zu verüben, die nichts als Freundschaft und Wohlwollen für Frankreich empfinde. Senator Reed hat während des Krieges sechs Monate in Frankreich gedient und bei den Erörterungen über die Schuldenregelung eine hervorragende Rolle gespielt.

Die amerikanische Votschaft und alle anderen Gebäude der Vereinigten Staaten in Paris werden durch ein großes Aufgebot von Polizeimannschaften geschützt. Die kommunistische Presse hat zu Demonstrationen gegen die Amerikaner aufgefordert, weil die beiden Anarchisten Sacco und Vanzetti wegen Mordes an einem Kassierer in New York hingerichtet werden.

Streben muß nun darauf gerichtet sein, unsere Weltgeltung wiederzuerlangen. Das Mittel zu neuem Aufstieg ist der Erwerb von Kolonien. Nicht denn je müssen wir den kolonialen Gedanken als einen Teil des deutschen Gedankens auffassen und verteidigen. Der Kolonialgedanke ist uns eine Frage des Rechts, eine Frage der nationalen Ehre und der wirtschaftlichen und politischen Selbstbestimmung des deutschen Volkes. Eine Frage des Rechts, weil die Wegnahme der Kolonien ein Rechtsbruch gegenüber den Zusicherungen der Wilson-Punkte war, eine Frage der nationalen Ehre, weil wir beweisen wollen, daß der Vorwurf der kolonialen Unfähigkeit Deutschlands eine Lüge ist (vor dem Kriege haben ja unsere späteren Gegner Deutschlands koloniale Leistungen rühmend anerkannt), eine Frage der wirtschaftlichen und politischen Selbstbestimmung, denn Deutschland braucht die Kolonien zum Wiederaufbau und zur Bezahlung der Reparationschulden. Deutschland muß wieder in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht ein gleichberechtigter Faktor in der Weltentwicklung werden. Es darf nicht sein, daß ein Volk, das der Welt so viele kulturelle Großtaten geschenkt hat, ausgeschlossen wird von der kolonialen Erschließung der Welt. Wir müssen uns kolonial betätigen, um unser Recht und unsere Achtung in der Welt wiederzuerlangen. Deutschlands Weltgeltung ist die Voraussetzung für Deutschlands Leben.“

## Hochkonjunktur im Ruhrbergbau.

Folgen des englischen Streiks.

Die Geschäftserfolge des Ruhrbergbaues im Zusammenhang mit dem englischen Bergarbeiterstreik machen weitere Fortschritte. Vergarbeiterinstellungen und überschüssigen Harpen sind an der Tagesordnung. Seit Anfang Juni sind auf den Schächelanlagen in Ostrop und Raugel insgesamt etwa 600 Bergleute eingestellt worden. Die Erwerbstosenzahl hat sich dadurch bei den